

- b. zu Schlüsselburg durch ein Mitglied der Kreisgerichts-Deputation zu Petershagen,
- zu 2, im Bezirke des Kreisgerichts zu Lübecke zu Bavern durch ein Mitglied des Kreisgerichts-Kollegiums zu Lübecke,
- zu 4, im Bezirke des Kreisgerichts Halle zu Wersmold durch ein Mitglied des Kreisgerichts-Kollegiums zu Halle;
- zu 5, im Bezirke des Kreisgerichts Bielefeld zu Friedrichsdorf durch einen der Gerichts-Kommissarien zu Wiedenbrück;
- zu 6, im Bezirke des Kreisgerichts Paderborn zu Mitteln durch ein Mitglied der Kreisgerichts-Deputation zu Büren;
- zu 8 im Bezirke des Kreisgerichts Hörter zu Driburg durch ein Mitglied der Kreisgerichts-Deputation zu Brakel.

Wo Abänderungen in der Begrenzung des bisherigen Sprengels einer der vorbezeichneten Gerichtstags-Kommissionen nöthig erscheinen, wird solches durch hierüber noch ergehende besondere Verfügungen bestimmt werden.

Vorbehalten bleibt auch, in der Folge noch andere Orte zu bestimmen, wo die Abhaltung von Gerichtstagen Statt finden kann, in so weit sich ein dringendes Bedürfnis herausstellen wird.

Jedes Kreisgericht hat unbeschränkte Zuständigkeit in allen Civil- und Strafsachen seines Bezirks und zerfällt in zwei Hauptabtheilungen, von welchen der ersten die streitige Gerichtsbarkeit in Civil- und Strafsachen einschließlich der Credit- und Substitutionsachen, der zweiten alle übrigen Gegenstände der Justizverwaltung, welche nicht dem Appellationsgerichte vorbehalten sind, zugewiesen werden.

Bei der ersten Abtheilung eines jeden Kreisgerichts-Kollegiums werden durch dessen Director ständige Kommissarien für die von Einzelrichtern zu verhandelnden und zu entscheidenden Bagatell-Injurien- und Untersuchungssachen bestellt werden.

Zur Kompetenz der Einzelrichter (insbesondere der außerhalb des Sitzes der Kreisgerichte bestehenden Kreisgerichts-Kommissionen) gehören nach § 22 der Verordnung vom 2. Januar d. J.

1. die Bagatell und Injurienachen.
2. in andern Civil-Prozessachen ihres Bezirks diejenigen Angelegenheiten, bei welchen es nicht auf mündliche Verhandlung und kontradiktorische Entscheidung vor dem Kollegium ankommt,
3. der Forststrafgesachen,
4. die nach den Gesetzen von Einzelrichtern zu entscheidenden Polizei- und peinliche Vergehen,
5. die Erlassung aller den Civilgerichten in Strafsachen nach § 20 der Kriminal-Ordnung obliegenden vorläufigen Verfügungen, desgleichen die Funktion eines auf Antrag des Staat-Anwalts zu bestellenden Untersuchungsrichters,
6. die Aufnahme von Gesuchen jeder Art, welche Eingeseffene des Bezirks in ihren Rechtsangelegenheiten zu Protokoll geben wollen, desgleichen die Weiterbeförderung derselben an die kompetente Gerichts-Behörde,
7. Die Aufnahme der Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit, einschließlich leghwilliger Dispositionen,
8. alle Nachlaß-Kuratel- Vormundschafts- und Hypothekensachen ihres Bezirks, welche das Kreisgericht nicht nach Maafgabe des Geschäfts-Regulativs als zur kollegialischen Bearbeitung geeignet, vor sich zu ziehen beschließt,
9. die Erledigung von Aufträgen jeder Art, welche das Kreisgericht oder das Appellationsgericht des Departements beschließt.

Die Zuständigkeit der mindestens aus drei Richtern bestehenden Kreisgerichts-Deputationen erstreckt sich, außer den vorgedachten, den Einzelrichtern zugetheilten Geschäften, auch auf kollegialisch zu behandelnde Civil- und Strafsachen, und zwar nach einer vorläufigen Bestimmung des Herrn Justiz-Ministers jedenfalls in Civil-Sachen auf die im §. 13. der Verordnung vom 21. Juli 1846 sub Nro 1 — 8 bezeichneten schleunigen Prozesse und in Strafsachen auf eine den Kreisgerichten gleiche Kompetenz.

Die einem zu erlassenden Geschäfts-Regulativ vorbehaltenen näheren Bestimmungen über die Zuständigkeit der Kreisgerichts-Deputationen und Kommissionen, werden nachträglich bekannt gemacht werden.

In Folge der Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit geht vom 1. April d. J. ab über

- a. die dem Herrn Fürsten von Bentheim Tecklenburg zugestandene, bisher durch das Fürstl. Land- und Stadtgericht zu Rheda ausgeübte Standesherrliche Gerichtsbarkeit auf das Königliche Kreisgericht zu Bielefeld, beziehungsweise auf die Königliche Kreisgerichts-Kommission zu Rheda;
- b. die den Herrn Herzog v. Ratibor und Fürsten von Corvey zugestandenen, bisher durch das Mediat-Fürstenthumsgericht Corvey ausgeübte Patrimonial-Gerichtsbarkeit auf das Königliche Kreisgericht zu Hörter;
- c. die dem Grafen von Westphalen und dem Freiherrn von Brenken zugestandene, bisher durch das Patrimonial-Kreisgericht zu Fürstenberg ausgeübte Gerichtsbarkeit auf das Königliche

Kreisgericht zu Paderborn, beziehungsweise auf die Königliche Kreisgerichts-Deputation zu Büren und die Königlichen Kreisgerichts-Kommissionen zu Fürstenberg und Lichtenau;

- d. die dem Bethafeschen Erben zugestandene, bisher durch das Erbpachts-Gerichts-Amt zu Petershagen ausgeübte Patrimonial-Gerichtsbarkeit auf das Königliche Kreisgericht zu Minden, beziehungsweise auf die Königliche Kreisgerichts-Deputation zu Petershagen.

Vom nemlichen Tage an geht die bisher von den Königl. Inquisitionen, Königl. Land- u. Stadtgerichten und Königl. Land- u. Stadtgerichts-Kommissionen des Departements ausgeübte Gerichtsbarkeit über auf die betreffenden Königl. Kreisgerichte u. beziehungsweise auf die in deren oben angegebenen Bezirken für die bezeichneten Sprengel gebildeten Königl. Kreisgerichts-Deputationen und Kommissionen.

Für die Abhaltung der Schwurgerichte nach der Verordnung vom 3. Januar d. J. (Gesetzamml. S. 14.) sind die beiden Kreisgerichte zu Paderborn und Herford bestimmt. Den Schwurgerichts-Bezirk Paderborn bilden die Kreise Paderborn, Büren, Warburg und Hörter, den Schwurgerichts-Bezirk Herford dagegen die Kreise Minden, Lübecke, Herford, Bielefeld, Halle und Wiedenbrück.

II. Die Justiz-Verwaltung in zweiter Instanz wird durch das Königliche Appellationsgericht zu Paderborn ausgeübt, welches in dem unverändert bleibenden Bezirke des bisherigen Oberlandesgerichts daselbst (Regierungs-Bezirk Minden) künftig in Civil- und Strafsachen:

1. die Appellations-Instanz für alle Appellations-Sachen;
2. die Rekurs-Instanz für alle Rekurs-Sachen;
3. die Aufsichts- und Beschwerde-Instanz für alle Kreisgerichte bildet, außerdem aber noch behält
4. die bisher zur Kompetenz des Oberlandesgerichts gehörigen Lehns-, Familien-, Fideikommiß- und Familien-Stiftungs-Sachen, so lange über Lehne und Fideikommiße von der Gesetzgebung nicht anderweit bestimmt worden und die Stiftungs-Sachen, sofern die Verwaltung in der Stiftungs-Urkunde ausdrücklich dem Obergerichte übertragen ist;
5. die Ertheilungen von Beglaubigungen und Bescheinigungen in bisheriger Art;
6. alle übrigen Angelegenheiten, welche seither den Obergerichten oder deren Ersten-Präsidenten beigelegt gewesen sind, und weiter zur streitigen noch freiwilligen Gerichtsbarkeit gehören, als: Justiz-Visitationen, Disziplinar- und Anstellungs-Sachen.

Beim Appellationsgericht werden zwei Abtheilungen bestehen.

Abtheilung I. für alle Straf-Sachen einschließlich der Injurien-Sachen.

Abtheilung II. für die Civil-Prozess-Sachen, während die übrigen Sachen seines Geschäfts-Bereichs vom Plenum ressortiren.

Alle von den bisherigen Gerichts-Behörden schon angelegten, nach Ablauf dieses Monats anstehenden Termine in Prozesssachen werden bei den zuständigen oben bezeichneten neuen Gerichts-Behörden abgehalten. Paderborn den 20. März 1849.

Königliches Ober-Landes-Gericht.
Lange.

Deutschland.

C Berlin, 20. März. (Kammerverhandlungen.) In der gestrigen Sitzung der ersten Kammer wurde über den Antrag des Abgeordneten Hansemann verhandelt: eine Commission von 10 Mitgliedern einzusetzen, um die von der deutschen National-Versammlung beschlossenen Grundrechte und organischen Verfassungs-Bestimmungen in Bezug auf ihre Wirksamkeit für die Rechte und Stellung der preussischen Staatsverfassung und die Preussischen Kammern zu prüfen. Der Antragsteller hob in seiner Begründungsrede die Gefahren und Verwirrungen hervor, welche dem preussischen Staate durch so manche Beschlüsse der National-Versammlung droheten, und wollte deshalb eine genaue Abwägung und Scheidung des Heilsamen und des Verderblichen, welches aus den Verhandlungen derselben hervorgegangen. Der Antrag fand leider keine sehr bedeutende Unterstützung. Mehrere Redner erhoben sich gegen denselben als unzeitig und für jetzt durch kein Bedürfnis geboten und das Ende der Debatte war, daß die große Mehrheit der Versammlung die nähere Erwägung des Antrages ablehnte. Auf der Tagesordnung folgte nun der Antrag des Abgeordneten Schleinitz auf folgende Zusätze zum Bürgerwehrgesetz: 1) die Gemeindevertretung kann die Einführung der Bürgerwehr beanstanden; 2) in der Provinz Posen wird vorläufig von der Einführung der Bürgerwehr ganz Abstand genommen. Der Antragsteller behielt sich die Begründung vor und es erfolgte gegen 12 1/2 Uhr der Schluß der Sitzung.

Zweite Kammer-Sitzung vom 19ten. In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer stand zunächst auf der Tagesordnung eine Interpellation des Abg. v. Berg: „Ob und wann das Staatsministerium gedenke, mit einer Rechenschaftsablegung wegen seiner exceptionellen Maafregeln vor die Kammer zu treten und deren Urtheil über dieselben hervorzurufen.“ Der Minister v. Manteuffel erklärte, daß das